



Auf der Flucht verschollen – hoffen auf ein Lebenszeichen

Tunesische Mütter hoffen bis heute auf ein Lebenszeichen ihrer Söhne

Die beiden Fraktionsvorsitzenden Janine Wissler und Willi van Ooyen reisten nach Tunesien und Sizilien. Anlass war der zweite Jahrestag der Schiffskatastrophe vor Lampedusa statt: Am 3. Oktober 2013 kamen fast 400 Menschen im Mittelmeer ums Leben. Auch wenn im Moment alle über die Flüchtlinge auf dem Balkan reden, bleibt die Mittelmeerroute zwischen Nordafrika und Italien die tödlichste. Weit mehr als 2.600 Menschen sind allein in diesem Jahr auf dieser Route ertrunken.

Ihr habt mit Müttern verschwundener Flüchtlinge in Tunis gesprochen?

»Ja, über 500 solcher Fälle sind bekannt, Menschenrechtsorganisationen schätzen, dass es aber bis zu 1.500 Menschen sein könnten. Es geht um junge Tunesier, die im Frühjahr 2011 über das Mittelmeer flohen und von denen jede Spur fehlt. Gerade junge Menschen haben in Tunesien keine Perspektive. Eini-



Tödliche Überfahrt – tunesische Mütter suchen bis heute nach ihren Söhnen, deren Leichen nie geborgen wurden.

ge Mütter berichten, dass sich ihre Söhne noch nach der Überfahrt aus Italien gemeldet hätten. Eine Untersuchungskommission der tunesischen Regierung hat bisher wenig Erkenntnisse gebracht.

In Sizilien habt ihr unter-

schiedliche Erfahrungen gemacht?

»Bedrückend war der Besuch eines Abschiebegefängnisses. Die jungen Männer dort erzählten uns, sie würden misshandelt und nicht ausreichend medizinisch versorgt. Es hat Selbstmordversuche gege-

ben. Andererseits haben wir ein Wohnprojekt in Palermo gesehen mit guter Verankerung in der Bevölkerung. Die medizinischen und sozialen Angebote werden auch von einkommensschwachen Einwohnern Palermos genutzt. Die Flüchtlinge können ihren Alltag frei gestalten, es gibt Sprachkurse und eine Art Landeskunde.«

Was muss getan werden, um das massenhafte Sterben zu beenden?

»Fluchtursachen; also Krieg, politische Unterdrückung und Armut müssen bekämpft werden, nicht die Flüchtlinge. Statt Abschottung und Abschreckung muss die EU endlich sichere und legale Einreisewege schaffen.«



Willi van Ooyen, europapolitischer Sprecher DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Unser Nachbar NSA

In Wiesbaden liegt die Europazentrale der National Security Agency (NSA). Dazu der Spiegel-Journalist Marcel Rosenbach: »Die nachrichtendienstlichen Ergebnisse aus Wiesbaden schaffen es zweimal pro Woche ins Weiße Haus.« Zeit-Autor Christian Fuchs ergänzt: »Von elf Schritten im US-Drohnenkrieg finden nur zwei in den USA statt, aber sieben in Deutschland.« Staatsminister a.D. Jörg Jordan (SPD) sagte, es gebe seit Mitte der 1990er Jahre Konversionspläne für die Liegenschaften der US-Army in Wiesbaden, eine Umsetzung sei aber nicht in Sicht.

Rund 170 Teilnehmer nahmen an der von LINKE-Landtagsfraktion und Juristen und Juristinnen gegen atomare, biologische und chemische Waffen (IALANA e.V.) veranstalteten Tagung teil. Teilnehmer_innen forderten einen effektiven Schutz für Whistleblower wie Edward Snowden.

Keine weitere Aushöhlung des Asylrechts! Flüchtlinge schützen!

Grüne verraten eigene Überzeugungen

Auf die gegenwärtigen Herausforderungen in der Flüchtlingspolitik reagiert die Bundesregierung mit einer Politik der Ausgrenzung und Entrechtung von Flüchtlingen. Durch schlechtere Aufnahmebedingungen und stark reduzierte Versorgung sollen Asylsuchende von einer Flucht nach Deutschland abgeschreckt werden. Der Zwangsaufenthalt in Aufnahmelagern wird auf bis zu sechs Monate ausgeweitet. Flüchtlinge, die aufgrund der europäischen Dublin-Verordnung in das Land ihrer Ersteinreise in Europa zurückkehren müssen, sollen durch drastische Leis-

tungskürzungen praktisch ausgehungert und so zur Ausreise gezwungen werden. Besonders hart trifft es Menschen, die vom Westbalkan fliehen müssen: Ihre Länder gelten von nun an als »sicher«. Damit wird ihr Asylbegehren von vornherein als »offensichtlich unbegründet« betrachtet. Falls es nicht gelingt, sie in kürzester Zeit abzuschicken, müssen sie über sechs Monate hinaus in den Aufnahmelagern bleiben. Das Gesetzespaket der Bundesregierung, dem die Grünen zugestimmt haben, ist menschenrechtswidrig und höhlt das Grundrecht auf Asyl weiter aus. Einen

Beitrag zur Lösung der Probleme bietet es nicht. Menschen, die vor Verfolgung, Kriegen und existentieller Not fliehen müssen, werden auch weiterhin kommen.

DIE LINKE fordert einen Kurswechsel in der deutschen und europäischen Asylpolitik. Es muss sichere Einreisemöglichkeiten für Menschen in Not geben. Dass die Grünen dem Abbau des Asylrechts zugestimmt haben, ist ein Verrat an deren früheren Grundüberzeugungen. Flüchtlinge haben ein Recht auf faire Asylverfahren und menschenwürdige Unterbringung!



Serbien, 2015: Eine Familie aus dem Nahen Osten überquert Felder in der serbischen Stadt Berkasovo, an der Grenze zu Kroatien.

Rettet die Verfassung vor den ›Modernisierern‹

Demokratisch-antifaschistische und soziale Neuordnung der Gesellschaft verteidigen

Im November 2015 wird der Landtag eine Enquetekommission zur Modernisierung der Hessischen Verfassung einsetzen. Sie soll sich mit der Frage auseinandersetzen, ob Artikel dieser Verfassung gestrichen, verändert oder eingefügt werden

sollen. Die Hessische Verfassung ist die früheste der Bundesländer und drückt bis heute den Anspruch nach einer Überwindung des Kapitalismus aus. Sie stammt aus einer Zeit, in der die Menschen unter dem unmittelbaren Eindruck des

Faschismus eindeutige, den Krieg und gesellschaftliche Spaltung überwindende Politik wollten. Und sie bleibt die einzige Verfassung, die in einem Volksentscheid angenommen worden ist. Es stimmt: Die hessische Wirklichkeit sieht anders

aus als die hessische Verfassung es will. Doch statt den Verfassungsauftrag endlich zu verwirklichen, wollen die ›Modernisierer‹ die Verfassung der neoliberalen Wirklichkeit anpassen.

Angesichts hoher Arbeitslosigkeit, einer immens wachsenden Kluft zwischen Arm und Reich, der Zerschlagung des Sozialstaats und der Verelendung von Teilen der Gesellschaft, ist es Aufgabe und Pflicht der LINKEN, die Aktualität der Hessischen Verfassung und die in ihr festgeschriebene demokratisch-antifaschistische und soziale Neuordnung der Gesellschaft zu verteidigen. Die Kräfteverhältnisse dürfen sich nicht auch auf dem

Papier weiter zu Ungunsten der Mehrheit der Bevölkerung verschieben. Vielmehr muss geprüft werden, ob nicht die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger an den Staat in der Verfassung viel konkreter formuliert werden können.

P.S.: Na klar muss die Todesstrafe aus der Verfassung raus; aber sie ist auch so schon lange abgeschafft.



Ulrich Wilken, rechtspolitischer Sprecher DIE LINKE. im Hessischen Landtag



Foto: Hanna Hoeft

NSU-Morde aufklären!

Wie viel Staat steckte im NSU-Terror?

Es sind Fragen über Fragen, die sich seit bekannt werden des NSU-Terrors stellen: Wie konnten Nazis über 10 Jahre hinweg unbehelligt Terror verüben? Mit mindestens zehn Toten, mehreren Bombenanschlägen und über einem Dutzend Banküberfällen.

Wer waren die Unterstützer des NSU? Welche Rolle spielten die vielen V-Leute und warum wurden Geheimdienst-Akten geschreddert?

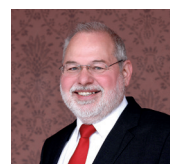
Gemeinsam mit Journalisten, den Anwälten der Opferfamilien und den Abgeordneten in Bund und Ländern geht der Kampf um Aufklärung weiter. Das Mauern der Behörden ist unfassbar.

**BISHER EINE ›BLACK-BOX‹:
DAS GEFLECHT ZWISCHEN
GEHEIMDIENSTEN UND POLITIK**

Das gilt insbesondere für Hessen! Lange haben wir gegen Widerstand von CDU, FDP und Grünen für einen NSU-Untersuchungsausschuss gekämpft. Nun kämpfen wir um jedes Blatt Papier und um jeden Zeugen. Viele Akten fehlen oder

werden zur Geheimsache erklärt. Es geht nicht nur um die dubiose Rolle eines hessischen Geheimdienstmitarbeiters, der beim NSU-Mord in Kassel am Tatort war und anschließend immer wieder gelogen hat.

Sondern es geht auch um das Geflecht aus Geheimdienst und Politik, welches Nazi-Gewalt immer wieder unter den Teppich kehrt. Deshalb ist es richtig, dass der Bundestag einen neuen Ausschuss einsetzt und sich vor allem dem Thema widmet: Wie viel Staat steckte im NSU? Auch im hessischen NSU-Untersuchungsausschuss werden auf Antrag der LINKEN in den nächsten Monaten viele Zeugen hören, darunter einige aktive und ehemalige Neonazis und Geheimdienstler. Vieles haben wir bereits erreicht, bei anderem lassen wir nicht locker.



Hermann Schaus, innenpolitischer Sprecher DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Hessen bereichert sich an Griechenlands Notlage

Bouffier fädelte den Fraport-Deal in Brüssel ein



Foto: Hanna Hoeft

Griechenlandsolidaritätsaktion am 22. September in Wiesbaden: ›Bouffier‹ und ›Fraport‹ zogen am Strick, der um ›Helenas‹/Griechenlands Hals gelegt war. Sie forderten dazu noch die letzten Euro ein.

Im Sommer wurde Griechenland ein drittes ›Hilfspaket‹ von der EU abgepresst. Bedingungen waren weitere Kürzungsmaßnahmen für die griechische Bevölkerung und ein sogenannter Privatisierungsfonds. Dabei handelt es sich um eine Art ›Treuhand 2.0‹, die griechisches Staatseigentum um jeden Preis privatisieren soll. Bemerkenswert ist dabei, dass im Text des ›Hilfspakets‹ ein Geschäft ausdrücklich zur Bedingung der Rettung Griechenlands vor dem Staatsbankrott gemacht wurde: Die Vergabe von griechischen Flughäfen an die deutsche Fraport AG. Allerdings nicht alle Flughäfen, sondern nur die pro-

fitablen. Damit werden die Gewinne dieser Flughäfen nicht mehr für den griechischen Staat, sondern für ein deutsches Unternehmen erwirtschaftet. Die defizitären Flughäfen hingegen, die gerade für die vielen griechischen Inseln überlebenswichtig sind, sollen beim Staat verbleiben.

NUR LINKE STIMMT DAGEGEN

Das ist Ausplünderung und keine Hilfe. Aber alle im Landtag vertretenen Parteien außer der LINKEN stimmen diesem Deal zu.

Hessens Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) setzte sich in Brüssel persönlich

für diesen Passus ein. Er äußerte dort: Der griechische Staat würde die Flughäfen nicht in Stand halten können und ohne Privatisierung würden sie irgendwann mit Unkraut zuwuchern.

Dazu sagt Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Hessischen Landtag: »Wer für den Bau und Betrieb eines Regionalflughafens Kassel-Calden verantwortlich ist, der nicht gebraucht wird und am Tropf öffentlicher Kassen hängt und wer aus einem Land kommt, das es nicht schafft, einen funktionierenden Hauptstadtflughafen zu bauen, ist wirklich nicht in der Position den Griechinnen und Griechen Belehrungen zu erteilen, wie sie ihre Flughäfen zu betreiben haben. Das ist peinlich und arrogant.«



Janine Wissler, Fraktionsvorsitzende DIE LINKE. im Hessischen Landtag

Milchbauern: Wirtschaftliche Situation auf dem Tiefpunkt

Landwirte brauchen faire und kostendeckende Erzeugerpreise

Den Milchbauern wurde jahrelang eingeredet, sie müssten für einen neu zu erobernden Markt z.B. in China mehr Milch produzieren. Jetzt schlägt die Schwächung der chinesischen Wirtschaft auch auf Milchbauern in Hessen zurück.

Wollen wir Lebensmittel wie jede andere Ware betrachten, die dort produziert wird, wo die Gegebenheiten am günstigsten sind? Oder ist es uns wichtig, dass die Produktion unserer Lebensmittel in der Region stattfindet? Wenn wir die regionale Produktion wollen, dann müssen wir sicherstellen,

dass die Landwirte von ihrem Einkommen leben können. Landwirtschaftliche Betriebe kann man nicht beliebig schließen oder öffnen – Flächen und Know-how gehen schnell verloren.

Milchbauern haben in den letzten Jahren viel Geld investiert, um bessere Ställe zu bauen und technisches Gerät anzuschaffen. Gerade diese Betriebe sind jetzt unter Druck.

Die geplante Soforthilfe aus Brüssel reicht nicht aus. Der Milchmarkt muss dauerhaft stabilisiert werden. Nicht Billigproduktion und Exportausrichtung, sondern eine Ausrichtung auf die EU-Binnennachfrage und regionale Verarbeitung und Vermarktung sind nötig. Die Biomilch zeigt, dass es funktioniert. Sicher darf das nicht der einzige Weg sein. Die Milchbauern brauchen mehr Durchsetzungskraft. Es kann doch nicht sein, dass sie ihre Milch liefern und erst später erfahren, was sie dafür bekommen. In keiner anderen Branche ist das denkbar.

Landwirte brauchen faire und kostendeckende Erzeugerpreise. Die Marktmacht und das Wachstum von Molkereien und Handelskonzernen muss begrenzt werden. Und wir als Kundinnen und Kunden entscheiden durch unser Kaufverhalten mit, ob es in unserer Umgebung weiterhin Milchbauern geben wird.



Marjana Schott auf ihrer landwirtschaftlichen Sommertour bei der Milchbauernfamilie Dirk und Kerstin Fehr in Guxhagen-Wollrode.

Foto: Jochen Böhm-Gingold



Marjana Schott, umweltpolitische Sprecherin DIE LINKE im Hessischen Landtag

Mehr Flüchtlingskinder – weniger Lehrer

Ausbau von Ganztagschulen geht nur langsam voran

Schwarzgrün hat versprochen, die Herausforderungen der zunehmenden Zahl von Schüler_innen – vor dem Hintergrund des Zuwachses an Flüchtlingskindern – mit »großer Entschlossenheit und Tatkraft« anzupacken. Stattdessen hat die Regierungskoalition aber erklärt, an Grundschulen und gymnasialen Oberstufen Stellen einsparen zu wollen. Sie nennt das in unverschämter Weise eine »maßvolle Stellenumlenkung«. Damit ist abzusehen, dass für die dort entstehenden Lücken weitere Stellen »umgelenkt« werden müssten: Alles auf

Kosten der jeweils betroffenen Schulen. »Verlässlichkeit in der Lehrerversorgung«, wie sie von der Regierung versprochen wird, sieht anders aus. Lehrer_innen aller Schulen und Schulformen müssen für die Bewältigung der anstehenden Herausforderungen vorbereitet werden, sonst wird es weitere Überlastungsanzeigen und in der Folge weitere Burnouts geben. DIE LINKE fordert die Landesregierung einmal mehr auf, die notwendigen Mittel für zusätzliche Lehrkräfte und andere pädagogische Fachkräfte zur Verfügung zu stellen.

Die Lehrer_innen dürfen nicht mit der anwachsenden Zahl von Schüler_innen allein gelassen werden. Der Ausbau echter Ganztagschulen und die Inklusion, zu der wir uns vertraglich verpflichtet haben, muss schnellstmöglich vorangetrieben werden.



Barbara Cárdenas, migrationspolitische Sprecherin DIE LINKE im Hessischen Landtag

Terminal 3: Kein Grund zum Feiern

Flughafenausbau geht weiter

Anfang Oktober erfolgte der feierliche Spatenstich für das Terminal 3 am Frankfurter Flughafen. Nach Startbahn West, Terminal 2 und Nordwestlandebahn geht der Ausbau in Salamiakt immer weiter, obwohl die Grenze der Belastbarkeit im dicht besiedelten Ballungsraum Rhein-Main längst überschritten ist. Das Land Hessen und die Stadt Frankfurt besitzen

die Mehrheit an der Fraport AG – und beide werden von Schwarzgrün regiert. Doch gerade die Grünen haben nicht mal ernsthaft versucht, das Terminal 3 zu verhindern, wie sie es noch im Wahlkampf versprochen.

PROTEST GEHT WEITER!

Die Landesregierung scheint nicht daran interessiert zu sein, die Belange der vom

Fluglärm und Schadstoffen belasteten Menschen in der Region gegen die Profitinteressen der Luftfahrtindustrie durchzusetzen. Umso wichtiger ist es, dass der Protest weiter geht. Gemeinsam mit den Bürgerinitiativen fordert DIE LINKE neben dem Stopp von Terminal 3 weiterhin ein absolutes Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr und die Deckelung der Flugbewegungen auf 380.000 im Jahr.

Arbeitnehmer zweiter Klasse

Arbeit von Inhaftierten wird nicht im gleichen Maße sozialrechtlich geschützt wie Arbeit außerhalb der Haft. Alle Gefangenen sind zwar in der Unfall- und Arbeitslosenversicherung, aber nur wenige sind kranken-, pflege-, und rentenversichert. DIE LINKE und auch Menschenrechts- und Gefangenenhilfsorganisationen meinen: Dies verletzt das Gleichheits- und Sozialstaatsprinzip. Zum Freiheitsentzug werden so weitere vermeidbare Einbußen hinzugefügt.

OHNE RENTENVERSICHERUNG IST ALTERSARMUT VORPROGRAMMIERT

Langjährig Inhaftierte sind im Alter wegen der fehlenden Beitragsjahre häufig auf Grundsicherung angewie-

sen, obwohl sie viele Jahre gearbeitet haben. Sie tragen deshalb ein hohes Armutsrisiko. Zuständig für die Übernahme der Kosten sind die Länder. Mit dem Hinweis auf leere Kassen wird die notwendige Gleichstellung von Strafgefangenen von der Landesregierung jedoch abgelehnt. Auf der jüngsten Justizministerkonferenz ist jedoch nun zumindest eine Prüfung der Frage beschlossen worden.

Eine Gleichstellung und auch die Zahlung eines Mindestlohns wären wesentliche Beiträge zur Resozialisierung von Gefangenen nach der Entlassung. Zudem würde es den Gefangenen erleichtert, Entschädigungsansprüche der Opfer der von ihnen verübten Straftaten zu erfüllen und so Wiedergutmachung zu leisten.



Protestplakat auf der 150. Montagsdemo gegen Fluglärm und Flughafenausbau am 27. September 2015.

Foto: Dietmar Treber

Barrierefreiheit im Alltag und in den Köpfen

Mehr Investitionen für Inklusion

Wenn wir heute von Inklusion sprechen, dann gehört eine gut durchdachte und funktionierende Infrastruktur dazu. In Hessen und bundesweit müssen noch viele Barrieren im Alltag und in den Köpfen abgebaut werden.

Es gilt nicht nur, Barrieren abzubauen, wenn Menschen auf sie stoßen – sondern vielmehr Barrieren zu verhindern, bevor sie überhaupt entstehen. Inklusion ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der sowohl die Zivilgesellschaft, als auch Bund, Länder und Gemeinden ihren Beitrag leisten müssen. In Hessen wurden noch lange nicht alle Aspekte der Inklusion erfüllt – nicht einmal die, die der Aktionsplan der Landesregierung zur Umsetzung der

UN-Behindertenrechtskonvention enthält. Im Vergleich zu anderen Bundesländern liegt Hessen in Sachen Inklusion weit hinten. Das betrifft sowohl die Infrastruktur als auch schulische Bildung.

Reisen zum Beispiel ist noch nicht einmal annähernd barrierefrei. Oft sind die Bahnsteige nicht mit dem Rolli erreichbar, Blindenleitsysteme nicht vorhanden und die Bahn baut Lautsprecheransagen ab, anstatt sie auszuweiten. Oft ist der Ein- und Ausstieg in die Züge für Rollstuhlfahrer nicht ohne Hilfe möglich. Auch in der schulischen Bildung von Kindern mit Behinderung kann Hessen noch nicht mit erfreulichen Ergebnissen punkten. In Hessen können nur 21,5 Prozent aller Kinder mit Förderbedarf eine Regelschule



dasdenkeichdusseldorf.wordpress.com | pixelio.de | #698016

besuchen, in Bremen sind es 68,5 Prozent.

Ein weiterer Kritikpunkt: Immer noch zu wenige Kommunalpolitiker mit Behinderung in öffentlichen Ämtern. Das liegt unter anderem daran, dass auch hier vorhandene Barrieren die Arbeit von Politikern mit Behinderung erschweren oder sogar einen Amtsantritt für die Betroffenen unmöglich erscheinen lässt. Aus die-

sem Grund brachten wir einen Gesetzentwurf ein, der die Erstattung von Kosten für kommunale Mandatsträger_innen fordert, die aufgrund ihrer Behinderung finanzielle und andere Mehraufwendungen aufbringen müssen. Barrieren in öffentlichen Ämtern und in der Politik abzubauen und Menschen mit Behinderung einzustellen, ist deshalb wichtig, weil so Menschen

mit Behinderung in der Bevölkerung und im Parlament repräsentiert werden.

DIE LINKE will eine lückenlose Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonventionen. Für Inklusion muss eindeutig mehr investiert werden, um die Mängel zu beseitigen und Hessen zu einem barrierefreien Bundesland zu machen.

Tiere sind keine Ware

In Hessen tut sich einiges

Im Februar 2015 hatten wir unsere große Tagung zum Thema »Tiere sind keine Ware!«. Knapp 150 Menschen, darunter viele junge Leute, wollten sehen, was DIE LINKE für den Tierschutz und Tierrechte tut. Sie beteiligten sich aktiv an den Diskussionen.

Wir freuen uns, dass die Menschen uns laut Umfragen inzwischen mehr als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zutrauen, wenn es um die Rechte der Tiere geht. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, Veränderungen zu erreichen, um das Tierleid so weit wie möglich zu minimieren. Moderner, konsequenter Tier-

schutz wird immer wieder in Konkurrenz zu Wirtschafts- und Verbraucherinteressen treten. An diesen Grenzsituationen fordern wir eine gesellschaftliche Debatte über die Tierschutzgesetzgebung und die dort verhandelten sog. »vernünftigen Gründe«, ein Tier massiv in seiner Bewegung, in seinen Rechten einzuschränken oder gar töten zu dürfen.

Schwerpunkte unserer Arbeit werden Themen wie die Abschaffung von Massentierhaltung und Tierversuchen, sowie eine ausreichende finanzielle Ausstattung der örtlichen Tierheime sein.

EU-Wahl 25.05.2014	CDU	CSU	FPD	B90/Die Grünen	DIE LINKE.
EU-Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen					
Aufstockung der EU-Fördermittel für tierversuchsfreie Methoden					
Verbot von Tierversuchen mit „starken Schmerzen, schweren Leiden oder schweren Ängsten“ (bis 2018)					
Maßnahmen zur Reduzierung der verwendeten Tiere					
Beendigung von Tierversuchen für Inhaltsstoffe von Haushaltsprodukten					
Landwirtschaftliche Tierhaltung tierlose Landwirtschaft					
Maßnahmen zum Schutz von Heimtieren Durchsetzung eines einheitlichen Schutzniveaus Kastrationsprogramme etc.					

tierrechte.de

Mehr bezahlbare Wohnungen schaffen

Umwandlung von Büroraum in Wohnraum ist möglich

Von 1991 bis 2014 hat sich die Zahl an Sozialwohnungen in Hessen von 206.000 auf inzwischen knapp 110.000 Wohnungen fast halbiert. Gleichzeitig wuchs die Zahl der Haushalte, die Anspruch auf eine solche Wohnung haben, jedoch aufgrund des Mangels an Sozialwohnungen nicht versorgt werden können auf rund 45.000 Haushalte an.

Fakt ist: Viele Berechtigte lassen sich erst gar nicht registrieren und geben schon vorher auf. Die wachsende Zahl von Flüchtlingen verschärft die ohnehin äußerst angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt weiter und es ist absehbar, dass ohne konsequentes politisches Handeln die Versorgung mit preiswerten Wohnungen für alle Anspruchsberechtigten nicht möglich sein wird.

Um die Situation am Wohnungsmarkt wieder in den Griff zu bekommen, ist es notwendig, dass pro Jahr mindestens 10.000 preisgünstige Wohneinheiten

entstehen, um alle hier Lebenden menschenwürdig unterbringen zu können. Zudem stehen in Hessen für lediglich 6 Prozent der 215.000 Studierenden Wohnheimplätze zur Verfügung. Da dies nicht nur mit dem Neubau von Wohnungen geschehen kann, sind weitere wichtige Maßnahmen notwendig. Wichtig ist, dass sich alle öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften endlich auf ihre Ursprungswerte besinnen und sich ausschließlich um die Bereitstellung von preiswertem Mietwohnraum für Familien, Rentner, Flüchtlinge und Studierende kümmern. Alleine in Frankfurt stehen aktuell rund 1,6 Millionen Quadratmeter Büroraum leer.

Viel dieses leer stehenden Raumes kann relativ kostengünstig zu Wohnraum umgebaut werden. Hier liegt ein großes Potenzial.

Angesichts der Situation am hessischen Wohnungsmarkt ist ein schnelles und durch-

greifendes Handeln von Bund, Land und Kommunen angesagt. Schlüssige Konzepte, wie leerstehende Büros in Wohnraum umgewandelt werden können, gibt es. Dazu liegen seit Jahren vernünftige Vorschläge der LINKEN vor.

Wir brauchen keine Absenkung der Standards, sondern ein umfangreiches Landesprogramm, um die zunehmend schwierigere Lage am Wohnungsmarkt mittelfristig lösen zu können.

IMPRESSUM

DIE LINKE. Fraktion
im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Telefon 0611-350 60 90
Fax 0611-350 60 91

die-linke@ltg.hessen.de
linksfraktion-hessen.de

Redaktion: H. Hoeft, T. Klein
und J. Cezanne
Gestaltung: H. Hoeft
Druck: Mediaservice